

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 6, 22. März 2001

rechts

Antifaschistisches Press-Archiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkenaustraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
E-Mail: 10050000/Kto-Nr.: 0270017787

Einblicke

Selbstauskunft

Von Klaus Bölling

Ein Bravo für den Rektor der Hans-Grade-Oberschule in Berlin! Nachdem er sich mit den Eltern besprochen hatte, erließ er ein Verbot, in der Schule Springerstiefel zu tragen. Dazu braucht es schon etwas Mut, denn viele der Kids wollen sich weder von den Eltern noch von ihren Lehrern ihr Outfit vorschreiben lassen. Der Pädagoge argumentiert schlüssig: „Wichtige Aufgabe der Schule ist es, die Jugendlichen zu demokratischen Staatsbürgern zu erziehen. Dazu gehört in erster Linie das Respektieren des Anderen und das Einüben von friedlichen Konfliktstrategien.“

Er hat ein Signal an solche Schüler gesendet, die sich aus modischen oder aus diffusen politischen Gründen in der Schule mit der Uniform der Neonazis wichtig tun wollen. Der Erzieher weiß, dass mit dem Verbot allein nicht das Problem gelöst ist. Er will den Halbwüchsigen aber plausibel machen, dass Ausländerfeindlichkeit und Gewalt an seiner Schule nicht geduldet werden. Die Klamotten sind eben doch eine Selbstauskunft derer, die sie tragen.

Über die Initiative des Rektors hat in der Hauptstadt eine Diskussion begonnen, von der zu wünschen ist, dass sie nicht nur von einzelnen couragierten Lehrern geführt, sondern auch von den Kultusministerien der Länder aufgenommen wird. Es stimmt zwar, dass Menschen verachtende Gedanken nicht durch ein Verbot von Kleidern aus den Köpfen vertrieben werden. Aber sollen die Lehrer einfach wegsehen? Soll die Uniform der Skins als normal hingenommen werden? Springerstiefel mit Stahlkappen sind fast immer so etwas wie ein Angriffssignal. Träger von Bomberjacken und Springerstiefeln müssen durch Verbote als Außenseiter zu identifizieren sein. Vorträge über Toleranz und Humanität können nicht praktisches Handeln ersetzen

Klaus Bölling, ehemaliger Regierungssprecher, ist als Autor tätig

Endspurt im Südwesten

Die Republikaner setzen im Landtagswahlkampf verstärkt auf „positive Sympathiewerbung“.

Seite 2 ■

Reihen fest geschlossen

Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der NPD wurden die verfassungsfeindlichen Ziele bekräftigt - weitgehend unter Ausschluss von Journalisten.

Seite 4 ■

Dramatischer Zuwachs

Rechtsextremistische Straftaten sind besonders in den westdeutschen Bundesländern erheblich angestiegen.

Seite 7 ■

Wahlkampf-Nothelfer

Jörg Haider hat sich mit antisemitischen Sprüchen in die letzte Phase der Wiener Wahlkampfschlacht geworfen.

Seite 10 ■

Hochburgen bestätigt

Frankreichs - gespaltene - extreme Rechte regiert weiterhin in drei Städten.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Vergriffen**

Mit ebenso unüberlegten wie böartigen Sprüchen haben Jürgen Trittin (Grüne) und Edmund Stoiber (CSU) erheblichen Schaden angerichtet. Für alle, die sich um verbale Abrüstung in der alltäglichen Umgangssprache sowie in Politik und Medien bemühen, waren die Entgleisungen der beiden Politiker bedauerliche Rückschläge.

Meyer, so tönte Trittin, habe „die Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen“. Damit reagierte der Bundesumweltminister auf Äußerungen des CDU-Politikers über deutschen Nationalstolz. Nun ist auch Laurenz Meyer nicht unbedingt als Leisetreter bekannt. Seine Plakate, die Kanzler Gerhard Schröder als gesuchten Kriminellen zeigten, waren verwerflich. Das rechtfertigt aber kein so übles Vokabular wie Trittin es verwendete. Das lag außerhalb der Toleranzgrenze.

Auf gleichem Niveau liegt der böartige Vergleich, den der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber gezogen hat: Der CSU-Vorsitzende warf die Landwirtschaftspolitik der Grünen-Bundesministerin Renate Künast mit der nationalsozialistischen Reichsnährstands-ideologie in einen Topf. Auch er hantierte sorglos mit widerlichem Wortschatz.

Wir haben im „blick nach rechts“ schon mehrmals Formulierungen von Politikern aufgegriffen, die unbedacht oder missverständlich waren, die rechte Sprachbilder enthielten oder hinter denen sich extreme Gesinnungen verbargen. Es spielt keine Rolle, welcher Partei Leute angehören, die sich in der Wortwahl oder im Ton vergrreifen. Wenn die Politiker aller Seiten nicht mit solchen kalkulierten oder bedenkenlosen Provokationen aufhören, machen sie sich mitschuldig an einer Verrohung des Umgangs miteinander. Sie ermuntern mit ihren Stichwörtern diejenigen, die von demokratischer Kultur nichts halten. Eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus lässt sich so jedenfalls nicht führen.

Dass die Zeitungen aus dem Axel Springer Verlag Trittins verletzende Äußerungen übermäßig ausschachten und zu einer Anti-Trittin-Kampagne missbrauchen, gehört zu den selbst verschuldeten Dusseligkeiten des Grünen-Ministers. Wer so ruppig argumentiert, darf sich nicht wundern, wenn zurückgebolzt wird.

Helmut Lölhöfel

Hintergrund**Gewöhnungseffekt**

In Baden-Württemberg haben sich die meisten politischen Akteure und Beobachter bereits mit dem Wiedereinzug der Republikaner in den Landtag abgefunden.

Zu einer nennenswerten Offensive gegen Rechtsaußen haben sich CDU und SPD, Grüne und FDP auch in diesem Landtagswahlkampf nicht aufgegriffen. Dabei würden insbesondere CDU und FDP davon profitieren, wenn die Republikaner diesmal an der Fünf-Prozent-Hürde hängen blieben - denn dann wäre an einer Mehrheit zumindest der Sitze im Stuttgarter Parlament für Schwarz-Gelb kaum mehr zu zweifeln.

Nach einer von der Union angestoßenen, unerwartet heftigen Attacke der anderen Parteien auf die Truppe um den Bundes- und Stuttgarter Fraktionsvorsitzenden Rolf Schlierer bei einer Landtagssitzung im vergangenen Herbst regiert im Südwesten längst wieder die Devise Totschweigen und rechts liegen lassen. Die Strategen der anderen Parteien sind sich einig in der Annahme, alles andere würde die Republikaner „unnötig interessant machen“. Eine direkte Auseinandersetzung kommt auch deshalb nicht zustande, weil die zentralen Themen dieses Wahlkampfes nicht die rechtsextremen Herzensangelegenheiten berühren. 1992, als sie erstmals und auf Anhieb mit 10,9 Prozent in den Landtag einzogen, hatte die CDU gegen SPD und Grüne das Asylthema hochgezogen - allgemein war damals angenommen worden, das sei den Republikanern zugute gekommen.

Überdies gibt sich die politische Konkurrenz neuerdings ganz offen hilf- und ratlos gegenüber dem REP-Phänomen. Ein gutes Gewissen bei dieser etwas bequemen Einstellung lieferten jüngste Äußerungen einiger Wahl- und Parteienforscher, wonach es eben keine vernünftige Erklärung für den anhaltenden Erfolg der Partei in diesem überdurchschnittlich prosperierenden Bundesland gibt. In Vergessenheit gerät allerdings dabei, dass auch im relativ reichen Südwesten eine große Anzahl Zukurzgekommener anfällig dafür sind, mit ihrem Kreuzchen für die REP Frust und Protest Ausdruck zu geben. Und dass es hier traditionell einen Humus für Rechtsextremismus gibt, weiß man seit

dem Jahr 1968, als die NPD mit 9,8 Prozent ihr mit Abstand bestes Ergebnis in einem westdeutschen Flächenstaat einfuhr.

Derzeit liegen die Republikaner bei allen Meinungsumfragen bei stabil fünf Prozent, höher als im Vorfeld früherer Landtagswahlen. Das nimmt nicht nur Schlierer selbst als Indiz dafür, dass sogar das letztmalige Ergebnis von 9,1 Prozent in etwa wiederholt werden kann. Um den Erfolg sicherzustellen und sich als etablierte Kraft im parlamentarischen Leben darzustellen, benutzt die Partei eine andere Strategie als in der Vergangenheit. Out sind Protest, Kritik und irgendwelche Negativaussagen, stattdessen setzt man auf „moderne Sympathiewerbung“. Überall im Land zeigen Großplakate Schlierer in der Pose des Familienvaters mit Frau und drei Kindern (dass die von seinen Nichten und Neffen dargestellt werden, will der kürzlich erstmals Vater gewordene 46-jährige Jurist und Mediziner nicht als bewusste Täuschung gewertet wissen).

■ Zunehmend „entspannte“ Atmosphäre im Landtag ■

Mindestens 100 000 blaue Stofflöwen, nicht von ungefähr „Rolf“ getauft, sollen bis zum 25. März unters Volk gebracht werden, unter dem Motto „Mit Löwenkraft für unser Land“. Blau beherrscht alles, auch deswegen, weil 38 Prozent der Deutschen Blau als ihre Lieblingsfarbe nennen und Blau angeblich „Treue, Rechtschaffenheit, Vertrauen, Sicherheit, Kompetenz und seelische Tiefe“ symbolisiert. Ausgedacht haben sich diese weichgespülte Werbekonzeption Horst Grimm, ein Profi, der schon seit 15 Jahren die österreichische FPÖ und speziell deren Herrscher Jörg Haider berät und von Schlierer bereits für den Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr ausersehen ist, sowie Herbert Bastl, Vorsitzender des Republikanischen Beamtenbundes. Bastl ist einer der beiden Offiziere, die im vergangenen Jahr vor dem Truppendienstgericht München einen spektakulären Sieg im Streit um ihre Entlassung aus der Bundeswehr errangen.

Für die Regierungsbildung in Stuttgart nach dem 25. März sind die Republikaner, auch wenn sie die anderen Parteien beträchtliche Stimmen kosten, unerheblich: Alle Koalitionsspekulationen lassen die Partei außen vor. Allerdings wird der Prozess der Gewöhnung der anderen Parteien an das Vor-

handensein der Rechtsaußen in der nächsten Legislaturperiode wohl verstärkt weitergehen. Frühere Vorsätze, den REP zwar alle ihnen zukommenden parlamentarischen Rechte zu gewähren und sie im Übrigen politisch und menschlich zu schneiden, sind im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr zerbröckelt. Drei schwäbische Landräte sind mittlerweile ins Amt gekommen mit Hilfe von REP-Volksvertretern, um deren Stimme sie ausdrücklich zuvor gebeten hatten. Dasselbe gilt für den der CDU angehörenden Präsidenten der Region Stuttgart, der ganz offiziell beim REP-Fraktionsvorsitzenden im Regionalparlament um Unterstützung warb.

Im Landtag selbst ist die kühle Distanz der Anfangsjahre einer zunehmend „entspannten“ Atmosphäre gewichen. Bei einer öffentlichen Podiumsrunde aller Spitzenkandidaten war kürzlich FDP-Mann Walter Döring bei einem fast schon kumpelhaft-herzlichen Umgang mit seinem Nebenmann Schlierer zu beobachten. Selbst bei seinen eigenen Genossen muss Parlamentsvizepräsident Frieder Birzele, zu Zeiten der Großen Koalition von 1992 bis 1996 Innenminister und Lieblingsfeind der Republikaner, zuweilen daran erinnern, mit wem man es da zu tun hat. Scharfe Angriffe von ihm auf die Republikaner, so kürzlich auch der badische CDU-Landtagsabgeordnete Robert Ruder, habe bei seinen Fraktionskollegen immer wieder „Bestürzung“ ausgelöst.

■ Erwünschte Wahlunterstützung durch Republikaner ■

Am rabiatischen Denken der Republikaner hat sich schließlich nichts geändert. Wer vom „Sinti- und Roma-Sumpf in Offenbach“ spricht, der „ausgetrocknet“ gehöre, oder wie Schlierer selbst formuliert, es gebe im Lande „schon mehr als genug Gedenkstätten“ für die NS-Verbrechen, wird sich auch künftig den Vorwurf des Brandstiftertums gefallen lassen müssen. Im September 2000 kam der baden-württembergische Verfassungsschutz sogar zu dem Ergebnis, unter Schlierer habe die Partei „gerade in den letzten Jahren einen weiteren Rechtsruck vollzogen“. Begründet wurde das vor allem mit den zahlreichen Verbindungen, die - allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz - auch in Baden-Württemberg zwischen Republikanern und Parteien wie NPD, DVU und anderen rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen gepflegt werden.

Peter Henkel

Aktivitäten**„Ziel ist das Reich“**

Die NPD hat im bayerischen Lichtenhaag einen außerordentlichen Parteitag abgehalten. Journalisten durften nur bei den Reden des Vorsitzenden Voigt und von Horst Mahler dabei sein, danach mussten sie die Festhalle verlassen.

Schon vor Beginn des Parteitages am 3. und 4. März hatten der Vorstand und Pressesprecher Klaus Beier mit der Öffentlichkeit Katz und Maus gespielt. Im Großraum München solle der NPD-Parteitag stattfinden, genaues könne man erst am Morgen zwei Stunden vor Beginn mitteilen, hieß es aus der Berliner Zentrale, weil man Angst habe, Ärger mit dem Vermieter des Saales zu bekommen. Tatsächlich aber ging es ganz offensichtlich darum, die Öffentlichkeit möglichst fern zu halten.

Die trotzdem angereisten Medienvertreter müssen dann zunächst draußen vor dem Saal warten, der bereits gefüllt ist, mit mehr als 200 Delegierten und über 200 Gästen. Mit harschen Kommandos macht der Saalschutz deutlich, wer Herr im Hause ist. Damit die Journalisten nur ja nicht mit den Delegierten reden, werden direkte Kontakte zum Parteivolk untersagt. Und nach der Pressekonferenz werden die Medienleute kurzum in eine separate Kneipe gesperrt, damit sie nur ja nicht im Saale beim Fahnen schwenkenden Einmarsch dabei sind. Es ist lediglich gestattet, den beiden Reden von Parteichef Udo Voigt und von Horst Mahler zuzuhören, der die NPD beim Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt. Als Mahler fertig ist, müssen die Journalisten den bayerischen Festsaal in Lichtenhaag nahe Vilsbiburg verlassen.

Udo Voigt beteuert zwar, nichts dagegen zu haben, dass Journalisten den Parteitag beobachten könnten. Aber die Delegierten müssten davor geschützt werden, dass Bilder von ihnen veröffentlicht würden. Das bringe für sie nämlich schwere Nachteile, und der Beschluss des Parteivorstandes sei nun einmal gültig. „Die Delegierten haben Angst“, verkündet Hans-Günter Eisenecker, der Leiter der NPD-Rechtsabteilung. Auf die Frage, was dies denn mit Öffentlichkeit zu tun habe und dem Anspruch der NPD, eine verfassungskonforme Partei zu sein, gibt es keine Antwort. Auch nicht von Rechtsanwalt Mahler, der nur meint, dass es in

Deutschland nun einmal keine freiheitlichen Verhältnisse gebe.

Drinnen im Saal steht der Verbotsantrag gegen die NPD im Mittelpunkt. Vorsitzender Voigt bekräftigt auf diesem „historischen Parteitag“, die NPD sei eine nationale Kraft, der es vorrangig und ausschließlich um das deutsche Volk gehe. Die Partei zähle derzeit rund 7000 Mitglieder, eine deutliche Verjüngung sei zu registrieren. Künftig wolle man bei Veranstaltungen des politischen Gegners die neue „Wortergreifungs-Strategie“ umsetzen, um besser wahrgenommen zu werden. Das strategische Konzept mit dem Kampf um die Straße, um die Köpfe und um die Parlamente werde beibehalten. „Unser Ziel ist das Reich, unser Weg die NPD“, so Voigt, und die Delegierten quittieren es mit begeisterten „Hoch die nationale Solidarität“-Rufen.

Horst Mahler macht dem Parteivolk Zuversicht, dass der Verbotsantrag in Karlsruhe keine Erfolgsaussicht habe. Mahlers polit-philosophischer Rundumschlag, der von der Gefährdung der deutschen Identität bis zur heftigen Radikalpolemik gegen die USA reicht, treibt die Delegierten immer wieder zum Beifall. Beim Bundesverfassungsgericht beginne er erstmalig in seinem Leben ein Verfahren als Revisionsprozess, denn die NPD sei bereits vorverurteilt. Er erwarte, dass der Verbotsantrag als unbegründet und unzulässig zurückgewiesen werde. Bis Ende März müsse die NPD in Karlsruhe ihre Stellungnahme abgeben, möglicherweise werde er Fristverlängerung beantragen.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde dann der vom Vorstand vorgelegte Leitantrag angenommen. Ein Verbot der NPD, heißt es darin, käme einem Verbot jeder Opposition gleich und führe zur vollständigen Beseitigung des deutschen Nationalstaates. Nicht die NPD, sondern die derzeitigen Machthaber wiesen sich als Feinde der Verfassung aus, die NPD als nationale Opposition habe sich stets für die im Grundgesetz garantierten Grundrechte eingesetzt. Die Parteitagsdebatte sollte Orientierungspunkte für das Verbotsverfahrens bringen. Günter Deckert, von Udo Voigt 1996 entmachteter Parteichef, meinte zuvor gar, dass etwa jeder fünfte Delegierte, vor allem aus Bayern und aus den ostdeutschen Ländern, nicht hinter dem Parteivorstand stünde. Wohl aus diesem Grund und wohl auch deshalb, weil man Angst hat, neue Belege für die verfassungsfeindliche Politik der NPD zu liefern, durften die Medienleute der Debatte nicht mehr zuhören. Journalisten raus. *Wolfgang Kapust*

Aktivitäten

„Unser Uwe tut was“

Ab Mai werden in Sachsen 450 der 500 Bürgermeister neu gewählt. Unter den Bewerbern sind etliche NPD-Kandidaten.

Als am 17. Februar der Nationalbarde Frank Renicke im Verlagshaus der „Deutschen Stimme“ im sächsischen Riesa auftreten sollte, musste die Veranstaltung hier abgesagt werden. Allerdings lediglich um in einer ehemaligen LPG nahe Coswig durchgeführt zu werden. Der Grund: Statt den erwarteten Besuchern in der Größenordnung von einigen Hundert, waren circa 1200 Menschen im Alter von sieben bis 70 Jahren gekommen, um diesem Liederabend, der Geld in die NPD-Wahlkampfkasse bringen sollte, beizuwohnen.

Nach den Kommunalwahlen vor zwei Jahren, die den Einzug der NPD in mehrere Kommunalparlamente Sachsen brachten, kündigte die Partei an, in jedem dieser Orte einen Bürgermeisterkandidaten aufzustellen. Dabei war die NPD wie auch andere Parteien der äußersten Rechten im Landesdurchschnitt weit von der Fünf-Prozent-Hürde entfernt geblieben. Während Republikaner und Freiheitliche Partei Deutschlands (FPD) nur vereinzelt ihre Kandidaten in Parlamente bringen konnten, lohnt sich bei der NPD das genaue Hinschauen auf die Ergebnisse. Die Abgeordneten sind meist sehr jung, wie in Meißen und Wurzen, und ihr Abschneiden bei jugendlichen Wählern liegt bei einem mehrfachen des Landesdurchschnitts.

Konzentriert finden sich NPD-Abgeordnete in der Sächsischen Schweiz mit den höchsten Wahlergebnissen: Bad Schandau, Königstein, Heidenau und Sebnitz. In Sebnitz, wo der örtliche NPD-Abgeordnete fast ein Jahr in einer Oppositionskoalition mit FDP und DSU arbeitete, soll nun Bundesvorstandsmitglied Ulrich Eigenfeld kandidieren. Im Stadtfeld agiert die White Warrior Crew Sebnitz, von der es in letzter Zeit hieß, sie wäre mit dem bewaffneten Haufen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) quasi vereinigt. Letztere arbeiten über die Ländergrenze nach Tschechien hinweg, hauptsächlich um Königstein/Pirna. Im Königsteiner Parlament wiederum sitzt der inzwischen bundesweit bekannte Fahrlehrer Uwe Leichsenring (s. BNR 21/00). Sein Wahlergebnis wird mit besonderer Spannung erwartet, da er vor Ort

einen hohen Beliebtheitsgrad quer durch alle Bevölkerungsschichten hat, weil er „die Politik“ aus der kommunalen Arbeit herauslässt. Nicht wenigen Menschen erscheint dieser Teil Sachsens als endgültig von der Industrialisierung und Firmenneuansiedlungen abgeschnitten, so dass man sich auf eine rein selbstbezogene Sicht beschränkt. Und diesem Gefühl von Endzeit kommen die Aktivitäten der NPD sehr entgegen: Unser Uwe tut was, da bewegt sich was.

Fragt man Jugendliche, die sich als klar nicht rechts bezeichnen, wie sie die Entwicklung sehen, erwähnen sie einen Zuzug von Rechten, wohl um auf die Wahl Einfluss zu nehmen. Für unwahrscheinlich hält hier kaum jemand einen Bürgermeister Leichsenring, zumindest aber wird ihm ein guter zweiter Platz eingeräumt. Diese Variante könnte sich politisch für die NPD sogar noch günstiger darstellen, als ein Amtsinhaber, der gegen eine parlamentarische Mehrheit regieren müsste und dies auch nur mit einer sehr begrenzten kommunalen Selbstverwaltung. Stürzen könnte Leichsenring wohl nur noch über seine Kontakte zu den SSS.

Daneben hat die rechtsextreme Partei ihren Kandidaten für Riesa, den Chefredakteur der „Deutschen Stimme“, Jürgen Distler, vor einiger Zeit aufgestellt. Im Übrigen hat sich die naheliegende Vermutung, dass das DS-Verlagshaus in Riesa mehr sein wird als ein Druck- und Versandhaus im eigentlichen Sinne, bereits mehrfach bestätigt. So war das Auto der Firma die technische Basis und Lautsprecherwagen für Demonstrationen wie am 17. Juni letzten Jahres in Görlitz oder für den geschichtsrevisionistischen Aufzug am 13. Februar 2001 anlässlich der Bombardierung Dresdens. Am Steuer saß der Riesaer NPD-Stadtrat Jürgen Günz.

Weniger Glück hatten bisher die anderen Parteien. Die Republikaner werden sich eventuell an den Wahlen beteiligen, mutmaßt der Verfassungsschutz. Das wären aber maximal drei bis vier weitere Orte. Pech hatte die Vereinigte Rechte in Lauta. Deren Kandidat zur Bürgermeisterwahl, der Bundesvorsitzende Mario Meurer aus Baden-Württemberg, scheiterte bereits vor der Abstimmung. Da die VR keinen Stadtrat stellt, war sie auf sechzig Unterschriften zur Unterstützung der Kandidatur angewiesen, wovon lediglich zwölf bis zum Stichtag zusammen kamen. Eine von mehreren Klagen des VR-Funktionärs Peter Liebchen, die nach der Verschiebung der Wahl, wurde inzwischen vom Dresdner Verwaltungsgericht abgelehnt. *Lukas Kilian*

Aktivitäten**Brandstifter-Combo**

Mitglieder der Skinband „Bosheit“ wurden wegen Volksverhetzung verurteilt. Die Truppe ist eng mit der neonazistischen Szene im Südwesten verwoben.

Das Mannheimer Amtsgericht hat am 5. März vier Mitglieder und den Manager der zwischenzeitlich aufgelösten Neonazi-Skinband „Bosheit“ wegen gemeinschaftlicher Volksverhetzung zu Jugend- und Freiheitsstrafen auf Bewährung zwischen neun und 18 Monaten verurteilt. Der Band-Organisator Achim Pfeifer (Jahrgang 1969), zuvor Organisator der ehemaligen braunen Kultband „Tonstörung“ sowie Bassist von „Sperrfeuer“, erhielt eine Bewährungsstrafe von eineinhalb Jahren. Zu je einem Jahr auf Bewährung zuzüglich gemeinnütziger Arbeit wurden der arbeitslose Wirtschaftsassistent Matthias Ruoff (Jahrgang 1981) und der bei BASF beschäftigte Mess- und Regeltechniker Andreas Wagner (Jahrgang 1978), zu 15 Monaten Bewährungsstrafe und 2000 Mark Geldstrafe der vorbestrafte Elektroinstallateur Christian Eichenlaub (Jahrgang 1972) verurteilt. Der berufs- und arbeitslose Björn K., der bei der Polizei ein Geständnis abgelegt hatte, sich jedoch vor Gericht wegen Drohungen aus der Neonazi-Szene schweigsam zeigte, erhielt eine neunmonatige Bewährungsstrafe. Das Amtsgericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten bei zwei Auftritten in Mannheim-Neckarau und in Pfinztal-Berghausen (bei Karlsruhe) im Jahr 1999 das indizierte Hetzlied „Blut“ gespielt hatten.

In dem inkriminierten Song, der sich an ein SA-Kampflied anlehnt und dem Repertoire von „Tonstörung“ (Thomas Muncke, Michael Eichler, Christian Pfisterer, Peter Schmucker, Christian Haller) entstammt, wird offen zum Mord an Juden aufgerufen: „Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib. Blut muss fließen, knüppelhageldick, und wir schießen auf die Freiheit dieser Judenrepublik“.

Vor Gericht distanzierten sich die Angeklagten von dem Inhalt, was Staatsanwalt Hans-Heiko Klein aber als „Lippenbekenntnisse“ bewertete. Sämtliche Angeklagten seien „geistige Brandstifter“, die ein „übles antisemitisches Hetzlied“ gespielt hätten. „Bei dem Text kann einem schlecht werden“,

sagte Klein. Während der Verhandlung hätten die Fünf „nicht mal ansatzweise Einsicht gezeigt“. Nach Ansicht des Staatsanwalts „sind Zeichen zu setzen, dass das so nicht hinnehmbar ist.“

Dieser Feststellung schloss sich nach zweitägiger Verhandlungsdauer auch Richter Hans-Georg Strätmann an. Er attestierte der braunen Combo eine „feindliche Einstellung zum demokratischen Rechtsstaat“. Für den Richter ist der Text des Liedes „tiefster rechtsextremer, krimineller Sumpf“. Mit den Strafen folgte das Gericht in allen Punkten den Strafanträgen von Staatsanwalt Klein. Dieser machte während des Prozesses immer wieder deutlich, dass die Band „Bosheit“ eng mit der zwischenzeitlich verbotenen Skintruppe „Blood&Honour“ (B&H) liiert war.

Der 31-jährige Achim Pfeifer, Organisator der „Bosheit“-Auftritte in Mannheim und Pfinztal-Berghausen, soll Chef der „B&H-Sektion Baden“ gewesen sein. Pfeifer, der sich vor Gericht nur dazu bekannte „vor gewisser Zeit Mitglied“ bei B&H gewesen zu sein, gehört zu den neun Personen, denen am 12. September vergangenen Jahres vom Bundesministerium des Innern die B&H-Verbotsverfügung zugestellt wurde. Der Neonazi, der schon vor dem Verbot von B&H aus der elitären Skin-Formation ausgetreten sein will, nahm erst im Februar im baden-württembergischen Höpfigen an einem Treffen südwestdeutscher B&H-Kader teil. 22 Männer und vier Frauen wurden vorübergehend festgenommen.

Darunter befand sich auch Hartwin Kalmus, der die städtische Kulturhalle in Pfinztal-Berghausen - getarnt als Geburtstagsfeier - für das zweite badische B&H-Konzert angemietet hatte. Zugegen bei der Veranstaltung waren rund 400 Neonazis und Skins. Während der Veranstaltung drehte der 26-jährige Neonazi Thomas Bonifer (alias „Ronnie“), Mitglied von „The Firm“, ein Video für die Szene. Kalmus, zuletzt B&H-Stellvertreter von Pfeifer und seit Jahren einer der führenden Köpfe der neonazistischen „Kameradschaft Karlsruhe“, wohnte selbst dem Prozess in Mannheim bei.

Als Zeuge vor Gericht geladen war neben anderen auch der zeitweilige Schlagzeuger von „Bosheit“ Manuel Jacob (Jahrgang 1980), der seit einigen Wochen zur Bewährung aus dem Gefängnis entlassen ist. Der arbeitslose Hooligan, genannt „Straßenköter“ gilt in der Szene als „Werwolf der Tat“.

Anton Maegerle

Verfassungsschutz

Keine Beruhigung

Die rechtsextrem motivierten Straftaten sind besonders in den westlichen Bundesländern dramatisch angestiegen.

Der von Bundesinnenminister Otto Schily Anfang März vorgelegte Bericht über extremistische Straftaten bestätigt, was sich seit dem Spätsommer 2000 abgezeichnet hatte: gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der rechtsextremistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Straftaten um fast 60 Prozent angestiegen. Die rechtsextremen Straftaten auf 10 979, plus 58,3 Prozent (1999: 6937), die fremdenfeindlichen auf 3594, plus 57,4 Prozent (1999: 2283), und die antisemitischen Delikte auf 1378 Vorfälle, plus 68,7 Prozent (1999: 817).

Seit dem Herbst hatten sich die Zahlen aus den Bundesländern, aus denen die Gesamtzahl aggregiert wird, überschlagen: Sondermeldungen allenthalben, Ausnahme schienen - in Teilbereichen - die ostdeutschen Länder zu machen. So musste Innenminister Fritz Behrens für Nordrhein-Westfalen mehr als eine Verdoppelung bekannt geben, Baden-Württemberg wartete mit einer Zunahme von 80 Prozent auf, Bayern nicht ganz so stark mit einer Veränderung von 999 im Jahr 1999 auf 1634 rechtsextremistische Straftaten im Jahr 2000. Hinter diesen Zahlen blieben die Ostbundesländer was die Zuwachsraten anbelangt, deutlich zurück. So stieg die Zahl in Brandenburg insgesamt um 27 Prozent, bei der Gewaltstatistik betrug der Zuwachs „nur“ 21 Prozent. Nordrhein-Westfalen registrierte ein Plus von 150 Prozent, allerdings auf deutlich niedrigerer Basis (von 10 auf 25), Baden-Württemberg von zwei Dritteln (61 auf 101). In Sachsen-Anhalt stieg die Gesamtzahl um rund 10 Prozent

Freilich liegen die ostdeutschen Länder in der Statistik nach wie vor, insbesondere bei den Gewalttaten, vorn. Für das Lagebild und die Bewertung der neuen Zahlen ist der Bericht bemerkenswert, den Innenminister Klaus Hardraht für Sachsen abgegeben hat. Dort stieg die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten insgesamt zwar noch einmal um knapp 20 Prozent (1281 nach 1071), die Zahl der Gewalttaten ging hingegen von 86 auf 62 Vorfälle, das sind 28 Prozent, zurück, die der fremdenfeindlichen Taten um 7 Prozent, dafür haben die Propagandadelikte stark zugenommen. Dies spricht

für die Einschätzung, dass einerseits die öffentliche Diskussion nach spektakulären Taten, die der rechten Szene zugeordnet werden, aber auch über das NPD-Verbot möglicherweise Nachahmungstäter motiviert hat. So wurden 40 Prozent aller rechtsextremen Taten im vergangenen Jahr zwischen August und Oktober gezählt, allein 16 Prozent im August nach dem Düsseldorfer Bombenanschlag Ende Juli. Andererseits ist die Annahme nicht verkehrt, die öffentliche Diskussion habe zu einer intensiveren Strafverfolgung beigetragen, teils durch die Sicherheitsbehörden, aber auch durch erhöhte Aufmerksamkeit der Bevölkerung und mehr Bereitschaft zu Anzeigen. Schließlich muss auch die Notwendigkeit konsequenter staatlicher Aktion unterstrichen werden. Das hat Sachsen gezeigt, wo mit einer Soko-Rex erstmals ein Land eine Spezialtruppe gegen Rechtsextremismus gebildet hat.

Im Zusammenhang mit der Zahlendebatte wurde in den letzten Monaten eine Diskussion darüber geführt, welche Straftaten als rechtsextreme registriert werden. So hatte Thüringen beklagt, der prominente Platz des Freistaates in der Pro-Kopf-Statistik erkläre sich auch daraus, dass die Behörden Straftaten dem Extremismus zuordnen, die in Nachbarländern noch unter der allgemeinen Kriminalität geführt werden, etwa als Rauschtat, wenn der Täter betrunken war. Umstritten war, ob bereits die Skinhead-Aufmachung den Täter zu einem rechtsextremistischen macht. Spektakuläre Vorwürfe waren in der „Frankfurter Rundschau“ und im Berliner „Tagesspiegel“ zur Zählung der auf rechte Gewalt zurückzuführenden Todesfälle erhoben worden. Während die Presse für den Zeitraum von 1990 bis Mitte 2000 insgesamt 93 Tote zählte, kam die amtliche Statistik auf 25 Tote. Diese Zahl wurde dann auf 36 berichtigt.

Die Innenministerkonferenz hat dies im vergangenen Herbst zum Anlass genommen, die Vorgaben der polizeilichen Kriminalstatistik neu zu definieren. Ausgang für die Einordnung soll demnach künftig die politische Motivation des Täters sein, nicht - wie bisher - eine Gefährdung des Staatsschutzes. Erstmals soll die neue Zählweise ab April einheitliche Bundeszahlen liefern. Solche Unklarheiten sind in der Vergangenheit aufgetreten. Wer etwa aus der Auswertung der Verfassungsschutzberichte Entwicklungen darstellen wollte, musste immer wieder feststellen, dass den Jahresstatistiken Fußnoten zugefügt waren, die die Vergleichbarkeit der Vorjahreszahlen „wegen Veränderung der Zählweise“ in Frage stellte. *Klaus-Henning Rosen*

Seitenblick**NS-Symbole in Kopie**

Die Justiz ist sich uneinig über die Strafbarkeit von HJ-ähnlichen Abzeichen.

Eine Zeit lang lief jeder zweite Neonazi damit herum. Kleine, aber auffällige Dreiecke aus Stoff, am linken Ärmel der Bomberjacke aufgenäht, mit silberner Frakturschrift auf schwarzem Grund. „Berlin“ ist da zu lesen, oder „Sachsen“, „Mecklenburg“, „Brandenburg“. Solche „Gau-Dreiecke“ sind Abzeichen der Hitler-Jugend täuschend ähnlich, auch wenn einzelne Kopien in Details vom Original abweichen. Das hinderte die Polizei nicht an der Beschlagnahme einschlägig befleckter Jacken. Die Justiz ahndete dieses „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ nach Paragraf 86 a Strafgesetzbuch in der Regel mit Geldstrafen. So verurteilte das Landgericht Berlin 1997 einen Neonazi zur Zahlung von 2500 Mark. Dem Mann wurde bescheinigt, „mit dem Gauabzeichen wollte er sich als Mitglied der Berliner Skinhead-Szene und zugleich als Anhänger nationalsozialistischer Ideen zu erkennen geben“. Ein klarer Fall, nicht nur in Berlin. Bis sich 1998 der 5. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts die Aufnäher ansah.

Die Polizei im Freistaat hatte 1996 bei einer Firma rund 50 Gau-Dreiecke beschlagnahmt, die zum Verkauf vorgesehen waren. Ein Amtsgericht verurteilte, wie gehabt, den Angeklagten zu einer Geldstrafe, seine Berufung wurde vom Landgericht verworfen. Der Angeklagte gab nicht auf und beantragte Revision. Und bekam 1998 vom Obersten Landesgericht Recht: Freispruch. Seitdem haben Staatsanwälte bundesweit mit den bayerischen Richtern. Die Ankläger befürchten, das Verbot aller NS-Abzeichen werde aufgeweicht.

Das sieht der 5. Senat ganz anders. Da die sichergestellten Aufnäher den HJ-Abzeichen nicht exakt nachgebildet seien, könnten diese auch nicht vom „Mann auf der Straße“ mit dem verbotenen Nazi-Symbol verwechselt werden, schrieb Werner Vitzthum, Richter am Obersten Landesgericht, 1999 in der „Neuen Zeitschrift für Strafrecht“. Das Stoffdreieck weise „nur in Größe, Schriftbild, Form und Schriftfarbe“ Ähnlichkeit mit einem Armzeichen des Bundes Deutscher Mädel auf, der HJ-Abteilung für junge Frauen zwischen 14 und 21 Jahren.

Der 5. Senat bezweifelt auch, dass mehr als 50 Jahre nach dem Ende des NS-Staates ein „unbefangener Dritter ohne spezielle Vorkenntnisse“ das Gau-Dreieck als Nachbildung eines nationalsozialistischen Kennzeichens erkennt. Diese Auffassung stößt nicht nur bei Staatsanwaltschaften auf Kritik - auch der 2. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts hatte zuvor eine andere Meinung vertreten. Es lasse sich „schwerlich leugnen“, dass der Aufnäher dem Gau-Dreieck der HJ „zum Verwechseln ähnlich sieht“, heißt es in einem Urteil vom August 1997 - ein Jahr vor dem anders lautenden Beschluss des 5. Senats. Seltsamerweise gilt aber nur dessen Rechtsauffassung als Maßstab für die Urteilsfindung deutscher Gerichte.

Mit üblen Folgen, meinen Kritiker. „Da wurde den Neonazis ein Schlupfloch geöffnet“ sagt Oberstaatsanwalt Jürgen Heinke, Leiter der Abteilung 11 der Berliner Angeklagenbehörde. Diese Tendenz zur Aufweichung des Verbots von nationalsozialistischen Symbolen beleidige die Opfer des Hitler-Regimes - außerdem würden die Überlebenden sehr wohl ein braunes Abzeichen erkennen. Doch gestützt auf die Rechtsprechung des Bayerischen Obersten Landesgerichts könnten Verteidiger von Neonazis das Tragen eines HJ-artigen Abzeichens als legal und harmlos darstellen. Nachdem die Szene Mitte der 90er-Jahre nach mehreren Urteilen verunsichert war, befürchtet der Oberstaatsanwalt die Rückkehr der Abzeichen - die im Internet schon verkündet wird: Das Gau-Dreieck stehe „vor einer Wiedergeburt“, verkündete der Betreiber eines „Nationalen Infotelefon“.

In Berlin, aber auch in Leipzig, Lüneburg und anderswo musste die Staatsanwaltschaft bereits Niederlagen hinnehmen. Am 19. Dezember 2000 sprach das Berliner Landgericht einen jungen Angeklagten frei, den die Polizei mit einem Gau-Abzeichen erwischt hatte. Schon einen Tag später legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Nun muss das Kammergericht entscheiden. Sollte es der Rechtsauffassung des Bayerischen Obersten Landesgerichts widersprechen, muss der Fall an den Bundesgerichtshof weitergeleitet werden. Darauf hofft die Staatsanwaltschaft in der Erwartung, der BGH werde jeden Zweifel an der bundesweiten Strafbarkeit des Verwendens und Verbreitens der Gau-Dreiecke mit einer Muster-Entscheidung beseitigen. Oberstaatsanwalt Heinke: „Damit wäre endlich klargestellt, dass von dem Verbot sämtlicher NS-Symbole auch nicht ein einziges Abzeichen ausgenommen wird.“

Frank Jansen

Demokratische Initiativen**Weg zum Ausgang****Ein Verein unterstützt ausstiegswillige Neonazis**

Von spektakulären Fällen kann und will Thomas Grumke nicht berichten. „Der erfolgreichste Ausstieg aus der Neonazi-Szene ist für uns der, von dem die Öffentlichkeit nichts erfährt“, stellt der Mitarbeiter von „Exit“ klar.

„Exit“ ist ein Projekt des Zentrum für demokratische Kultur in Berlin-Mitte und bietet seit Herbst 2000 Ausstiegshilfen für organisierte Neonazis, Skinheads und generell alle, die der „rechten Szene“ den Rücken kehren wollen, das aber nicht ohne Unterstützung schaffen. „Die Idee stammt aus Skandinavien. Der Szene-Aussteiger Ingo Hasselbach und der Rechtsextremismus-Experte Bernd Wagner haben das Konzept weitgehend übernommen“, so Grumke. Bei „Exit“ geht es darum, der rechten Szene die Leute zu entziehen. Zu diesem Zweck wurden eine bundesweit geltende Telefonnummer, eine Mailbox und eine e-mail-Adresse eingerichtet. Ein Grundsatz dabei ist, dass der Ausstiegswillige den Erstkontakt zu „Exit“ herstellen muss. „Anschließend überprüfen wir die Glaubwürdigkeit der Angaben und erstellen ein Bedürfnisprofil für den Ausstiegswilligen“, sagt Grumke. Vieles ist zu berücksichtigen: Beispielsweise die Frage, wie groß die jeweilige Gefährdung, welcher Art die organisatorische Einbindung und wie die aktuelle persönliche Situation gestaltet ist. „Die individuelle Betreuung der Ausstiegswilligen ist dabei besonders wichtig, aber auch sehr arbeitsintensiv“, erklärt „Exit“-Mitarbeiter Grumke. Die telefonische Beratungsarbeit ist dezentral organisiert, Namen und Telefonnummern dieser – ehrenamtlichen – Mitarbeiter werden aus Gründen des persönlichen Schutzes an keiner Stelle veröffentlicht oder weitergegeben. Dabei fühlt sich „Exit“ nicht allein für die potenziellen Aussteiger zuständig. Bei Bedarf würden sie auch in bestehende Einrichtungen vermittelt, die in der Nähe des Wohnortes seien, erklärt Grumke, „Exit“ begreife sich als Netzwerk, das vielfältige Kontakte zu Initiativen und Gruppen im Einsatz gegen rechts bündele.

So wie „Exit“ nach außen für die Vernetzung bestehender Einrichtungen steht, so wichtig ist innerhalb des Zentrums für demokratische Kultur

die Einbettung dieser Arbeit in die gesamte Projektlandschaft. „Im Zentrum sind beispielsweise auch die ‚Opferperspektive‘ ansässig und Kommunalprojekte, die sich mit Analysen der jeweiligen rechten Szenen vor Ort befassen“, erklärt Thomas Grumke. Der Verweis ist ihm besonders wichtig, weil es im Zentrum für demokratische Kultur und damit auch bei „Exit“ eben nicht um ein einseitiges Hilfsangebot für die „Täter“-Seite geht.

Bei „Exit“ melden sich übrigens nicht nur Ausstiegswillige, sondern auch ehemalige Neonazis, die ihren Ausstieg allein vollzogen haben und weitergehende Unterstützung suchen. Zunehmend rufen mittlerweile zudem Eltern von Neonazis die Hotline an. „Durch die verstärkte Nachfrage dieser Gruppe ist uns erst klar geworden, dass keinerlei Angebote für sie existierten“, sagt Thomas Grumke. Inzwischen gibt es Pläne, auch für Eltern von Neonazis eine Art Netzwerk zu initiieren, damit Austausch und Hilfe zur Selbsthilfe überhaupt erst möglich werden. Generell gilt bei „Exit“ das Credo, auch die ausstiegswilligen Neonazis zur Selbsthilfe zu befähigen. „Wir können und wollen keine Rundum-Versorgung liefern“, stellt Grumke klar. Zwar stelle „Exit“ bei nachweislichem Bedarf eine finanzielle Ersthilfe für den Ausstiegswilligen bereit, doch im Mittelpunkt des Hilfsangebots stehen Tipps zur Selbsthilfe.

Bisher finanziert sich „Exit“ aus der Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“ der Illustrierten „Stern“. Die Mittel sind freilich nicht unerschöpflich, und die Mitstreiter von „Exit“ hätten nichts dagegen, von dem kürzlich gestarteten Aussteigerprogramm des Bundesinnenministeriums zu profitieren. Beim für die Umsetzung zuständigen Bundesamt für Verfassungsschutz reagiert man allerdings zurückhaltend. Derzeit stehe man in der Abstimmung mit den Bundesländern, erklärt Behördensprecher Hans-Gert Lange. Eine Unterstützung privater Initiativen für Aussteiger sei nicht vorgesehen. Das bedeute allerdings nicht, dass eine Kooperation mit „Exit“ in konkreten Fällen ausgeschlossen werde. Entscheidend wird sicherlich sein, wie die Bundesländer das Aussteigerprogramm des BMI umsetzen. Möglicherweise kann „Exit“ auf dieser Ebene auch finanziell von dem zunehmenden Willen profitieren, Neonazis aus der rechten Szene zu holen.

Gudrun Giese

„Exit“ im Internet unter www.exit-deutschland.de. Ausstiegswillige können unter 0171/71 36 452 oder der Mailbox 0180/505 255 897 910 oder per e-mail: info@exit-deutschland.de Kontakt aufnehmen.

Ausland**Nothelfer Haider**

Der Ex-Parteivorsitzende greift mit antisemitischen Tönen in den Wahlkampf ein.

Am 25. März wird in Wien der Gemeinderat neu gewählt. Die Bundeshauptstadt ist zugleich das bevölkerungsreichste Bundesland Österreichs - mit rund einem Viertel aller Wahlberechtigten. Bei der letzten Wahl im Herbst 1996 erzielte die SPÖ über 39 Prozent. Die FPÖ wurde mit knapp 28 Prozent erstmals zweitstärkste Kraft in Wien, gefolgt von der ÖVP mit über 15 Prozent.

Etwas mehr als ein Jahr nach Bildung der schwarz-blauen Koalition auf Bundesebene und ein halbes Jahr nach Beendigung der politischen Isolierung der ÖVP-FPÖ-Regierung durch die 14 EU-Partner hat die Wiener Kommunalwahl zwangsläufig auch einen bundesweiten - über Österreich hinausgehenden - Testcharakter. Im September 2000 hatte die von der französischen EU-Ratspräsidentschaft eingesetzte Expertengruppe unter Leitung von Martti Ahtisaari zwar die Aufhebung der gegen die österreichische Regierung verhängten Maßnahmen empfohlen, zugleich aber Bedenken wegen der „politischen Natur“ der an der Regierung beteiligten Freiheitlichen Partei geäußert. In diesem Zusammenhang wurde auch auf ausländerfeindliche Töne im Parlamentswahlkampf im Herbst 1999 hingewiesen, als die FPÖ in Wien unter anderem den Slogan „Stopp der Überfremdung“ plakatierte.

Die jetzige Wiener Gemeinderatswahl ist daher ein Gradmesser dafür, ob und welche Lehren die rechtspopulistische Oppositionsbewegung aus ihrer Regierungsbeteiligung sowie aus der Kritik der EU-Partner gezogen hat. Chef der Wiener FPÖ ist Hilmar Kabas, der als Hauptverantwortlicher für den Wahlkampfstil im Herbst 1999 vom Bundespräsidenten als Verteidigungsminister abgelehnt worden war. Kabas soll darauf hin bei einer parteiinternen Veranstaltung Klestil als „Lump“ bezeichnet haben. Das bezeugten jedenfalls Journalisten. Kabas selbst stritt diese Formulierung ab und erklärte öffentlich, er habe „Hump oder Dump“ gesagt. Damit wurde der Wiener FPÖ-Spitzenmann aber zur Lachnummer, was kurz vor Beginn des Intensivwahlkampfes Anfang 2001 und angesichts schlechter Umfragewerte für die Freiheitlichen dazu führte, dass Kabas als Spitzenkandidat von der

Sicherheitssprecherin der FPÖ im Parlament, Helene Partik-Pablé, abgelöst wurde.

In der letzten Phase des Wiener Wahlkampfes hat sich nun auch Jörg Haider in die Schlacht geworfen und damit ebenso klargestellt, dass in der Bundespartei nicht die nominelle Obfrau, Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, sondern er das eigentliche Sagen hat. Obwohl Haider keine offizielle Funktion auf Bundesebene hat und nur noch Landeshauptmann in Kärnten ist, ist sein Konterfei jetzt in ganz Wien plakatiert. Der Ex-FPÖ-Chef begann am Aschermittwoch mit einem Rundumschlag gegen in- und ausländische Politiker. In Bezug auf den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Ariel Muzicant, der antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen in der FPÖ kritisiert hatte, meinte Haider vor einer Schar johlender Anhänger: „Ich verstehe überhaupt nicht, wie einer, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann.“ Dazu kamen Andeutungen in Bezug auf die „Ostküste“ (ein sattem bekannter antisemitischer Code). Seither dreht sich wieder einmal ein Großteil der Innenpolitik um Äußerungen Haiders.

Im Wahlkampf der FPÖ dominieren Themen wie Drogen, Kriminalität, Ausländer... In einer ersten Welle plakatierte die FPÖ (ohne selbst aufzuscheinen) die angeblichen Ziele einer drohenden rot-grünen Stadtregierung: Drogenfreigabe, noch mehr Ausländer, Wahlrecht und Gemeindewohnungen für Ausländer etc. Dann kamen die „Antworten“ der FPÖ, die zwar im Unterschied zum Herbst 1999 nicht so direkt ausländerfeindlich sind, aber dennoch eine klare Botschaft suggerieren: So werden zwei Plakate immer nebeneinander geklebt: Neben dem Bild von Spitzenkandidatin Partik-Pablé befinden sich ihre Aussagen: „Ausländer - Ich verstehe die Sorgen der Wiener!“ und „Kriminalität - Auch ich will sicher leben.“ Die beiden Überschriften ergeben den Bildeindruck „Ausländer - Kriminalität“. Zu dieser Linie passen auch kolportierte Sprüche von FPÖ-Kandidaten, wie das vom Präses des katholischen Kolpingwerkes bezogene Versprechen eines FPÖ-Gemeinderates, die Freiheitlichen würden dafür sorgen, dass der 9. Bezirk „ausländerfrei wird“.

Die FPÖ scheint aber diesmal mit ausländerfeindlichen Parolen nicht mehr so viel Zuspruch zu bekommen wie früher. Die Meinungsumfragen sagen den Freiheitlichen einen Verlust von einem Viertel ihres Wähleranteils voraus. Daran dürfte auch der Einsatz von Jörg Haider als Wahlkampf-Nothelfer nicht mehr viel ändern.

Adalbert Krims

Ausland

Wahltest erfolgreich

Die extreme Rechte in Frankreich hat sich in drei von ihr regierten Städten behauptet. Südostfrankreich bleibt nach wie vor eine Hochburg.

Aus den französischen Kommunalwahlen vom 11. und 18. März 2001 lässt sich aus den nunmehr vorliegenden Ergebnissen jedenfalls eine Schlussfolgerung ziehen: Die rechtsextremistische Gefahr ist keineswegs gebannt. An den beiden Sonntagen galt es zugleich, die 36.000 Bürgermeisterposten im Land zu besetzen und die Kommunalparlamente zu wählen, wie auch einen Teil der Bezirksparlamente (Conseils généraux, auf Ebene der Départements) zu erneuern.

Die extreme Rechte erzielte bei der Wahl zu den Conseils généraux landesweit 10,15 Prozent der Stimmen. Der (Rumpf)Front National (FN) erhielt dabei 7,1 Prozent und der MNR (Mouvement National Républicain) 3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Mit diesem Ergebnis (das aber nur circa 40 Prozent der Gesamtwählerschaft umfasst) liegt das rechtsextreme Lager gut ein Prozent höher als bei den Europaparlamentswahlen 1999 (zusammen 8,97 Prozent). Allerdings hat die extreme Rechte auch gegenüber der letzten Bezirksparlamentswahl von 1994 zugelegt: Damals bekam der (noch vereinigte) Front National 9,97 Prozent der Stimmen.

Bei den Rathauswahlen konnten die Rechtsextremisten drei ihrer bisher vier Stadtregierungen behaupten. Erwartungsgemäß verloren sie die Großstadt Toulon: Hier erhielt Ex-Bürgermeister Jean-Marie Le Chevallier, der dem FN den Rücken gekehrt hat, aber am Ende vom MNR unterstützt wurde, noch 7,8 Prozent der Stimmen. Seine frühere Partei FN, die ihn zu Fall bringen wollte, erzielte für ihren Kandidaten nur 5,5 Prozent. Eine dritte rechtsextreme Gruppe landete bei 2 Prozent. Hingegen wählten die knapp 30.000 Einwohner von Orange ihren FN-Bürgermeister Jacques Bompard mit 59,97 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang (hier zählt nur die absolute Mehrheit) wieder. Bompard konnte von dem doppelten Effekt profitieren, dass einerseits seine radikalen Schnitte in Sozial- und Kulturausgaben vor allem den Mittelschichten spürbare Steuer-Erleichterungen brachten, andererseits aber die Bewohner die Ein-

schnitte kaum verspürten. Denn in einem symbolischen Akt hatte der Staat alle Ausgaben der Kommune, die diese aus ideologischen Gründen gestrichen hatte, etwa im Solidaritätsbereich, übernommen. Letztendlich hat der rechtsextreme Amtsinhaber davon nun aber mit profitiert.

In Marignane und Vitrolles mussten die beiden MNR-Bürgermeister Daniel Simonpieri und Catherine Mégret in den zweiten Wahlgang (hier entscheidet die relative Mehrheit). Beide wurden wiedergewählt, mit respektive 62,5 Prozent und 45,3 Prozent. Generell bleibt Südostfrankreich eine Hochburg der Rechtsextremisten. So erhielt die gesplante extreme Rechte in der Großstadt Marseille immer noch 17,8 Prozent der Stimmen, wobei in diesem Fall Rathauskandidat Bruno Mégret die Nase vorn hat (10,44 Prozent für den MNR gegenüber 7,3 Prozent für den Rest-FN). In Nizza kam die extreme Rechte noch auf 15 Prozent im ersten Wahlgang (12 Prozent für den FN, 3 Prozent MNR) und 14,2 Prozent in der Stichwahl mit Marie-France Stirbois (FN). Und dies, obwohl sie hier gegen einen Ehemaligen aus ihren Reihen im Rathaus antrat: Amtsinhaber Jacques Peyrat trat erst 1995/96 vom FN, dessen nationaler Parlamentsabgeordneter er zwischen 1986 und 1988 war, zum bürgerlichen RPR über.

Auch die Trabantenstädte von Paris und Lyon, die von sozialen Krisenherden und Ghettoisierungstendenzen geprägt sind, bleiben für die extreme Rechte ein fruchtbares Terrain. So überrundete der MNR in den beiden wichtigsten Städten des Bezirks Seine-Saint-Denis, das nördlich an Paris angrenzt, die bürgerliche Rechte: In Bobigny erhielt die Mégret-Partei 18,2 Prozent und in Saint-Denis 15,6 Prozent (gegenüber 16,7 Prozent bzw. 13,4 für die Liberal-Konservativen). In Pierrefitte, der Nachbarstadt von Saint-Denis, trat gleich der MNR als einzige Kraft auf der Rechten an, da das bürgerliche Lager vor Ort inexistent ist. Er erhielt deswegen 29,1 Prozent im ersten Durchgang und 27,9 Prozent in der Stichwahl (gegenüber KP und Grünen). In Villeurbanne bei Lyon erzielte der MNR-Rassenideologe Pierre Vial 16,2 Prozent im ersten und 15,3 Prozent im zweiten Wahlgang.

Ein Misserfolg waren die Bündnislisten von (unter „parteilosem“ Etikett angetretenen) Rechten und Bürgerlichen in anderen Lyoner Trabantenstädten (s. BNR 5/01). Die von Sozialisten geführten Linkskoalitionen holten dort gleich im ersten Wahlgang 60-prozentige Mehrheiten. *Bernhard Schmid*

NS-Vergangenheit**Namenlose Gerechte**

Tapfere Frauen machten 1943 in Berlin einen Strich durch die Nazirechnung.

Die „Allee der Gerechten“ in der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem wird immer unvollständig bleiben, obwohl sie eines ihrer wichtigsten Teile ist. Das Gesetz zur Schaffung der Gedenkstätte, das am 15. August 1953 von der Knesset beschlossen worden ist, bezeichnet es als eine der Aufgaben von Yad Vashem „an die Edlen aller Völker, die ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten, um Leben zu retten“ zu erinnern. Diesem Zweck dient die Straße, die auf beiden Seiten von Johannesbrotbaum-Hainen begrenzt ist. Vor allen Stämmen stehen Schilder mit Namen und Jahreszahlen. Manche Namen, wie die des Ehepaares Schindler, sind weltbekannt, manche hat man vorher nie gehört, allen gemein ist, dass sie Menschen gehören, denen der Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ und das Recht, in Yad Vashem einen Baum zu pflanzen, verliehen wurde. Diesen Titel erhielten bisher 8 000 nichtjüdische Männer und Frauen in aller Welt.

Natürlich gibt es weit mehr „Gerechte“. Man geht davon aus, dass allein in Berlin etwa 4 000 Jüdinnen und Juden mit „arischer“ Hilfe in Gartenlauben, Dachstuben, Lagerräumen überleben konnten. Deshalb ehrt in Yad Vashem ein Denkmal für den „Unbekannten Gerechten“ all die Namenlosen. Einigen Tausend dieser Unbekannten gilt die Gedenkumgebung, die alljährlich Ende Februar in der Großen Hamburger und der Rosenstraße in Berlin Mitglieder der jüdischen Gemeinde, des Jüdischen Kulturvereins und antifaschistischer Organisationen zusammenführt.

Am 27. und 28. Februar 1943 wurden in Berlin wie im ganzen Reich zur Zwangsarbeit verpflichtete Jüdinnen und Juden, meist von den Arbeitsplätzen weg - deshalb spricht man von „Fabrikaktion“, aber auch in ihren Wohnungen oder auf der Straße verhaftet, zu Sammelstellen gebracht und von dort in die Todeslager deportiert. Die genaue Zahl ist unbekannt. Als übrig gebliebene „jüdische Bevölkerung“ Berlins galten etwa 35 000 Männer und Frauen, von denen 17 000 Sklavenarbeit zu leisten hatten. Die Aktion hatte das Ziel, die Hauptstadt „judenrein“ zu machen. Einer der Sammelpunkte

zum Abtransport war das heute nicht mehr existierende jüdische Altersheim in der Großen Hamburger Straße, wo eine - vor wenigen Jahren von Neonazis geschändete - Gedenktafel und eine von Will Lammert geschaffene Figurengruppe an die Deportation Zehntausender Juden und auch an ein in Hitlerdeutschland unerhörtes Geschehnis in der benachbarten Rosenstraße erinnern.

Dort hatten die Nazis während der „Fabrikaktion“ das Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde zum Gefängnis für die jüdischen Ehemänner so genannter Mischehen umfunktioniert. Womit die Naziführung nicht gerechnet hatte: Die tapferen nichtjüdischen Ehefrauen waren durch Krieg und Terror nicht davon abzuhalten, tagelang für die Freilassung ihrer Lebensgefährten zu demonstrieren. Und die Nazis gaben tatsächlich ihrer Forderung nach, ließen die Männer frei. Die Bildhauerin Ingeborg Hunzinger hat ein Denkmal geschaffen, das die Ereignisse in Erinnerung ruft. Die betagte Künstlerin war auch in diesem Jahr Teilnehmerin des Februargedenkens, das aktuellen Themen galt. Andreas Nachama gemahnte als Vorsitzender der Berliner Jüdischen Gemeinde nicht nur an die vielen offenen Fragen bei der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, wie der noch immer nicht erfolgten Entschädigung der Zwangsarbeiter. Er zeigte am Beispiel der Protestaktion der Rosenstraße auch, was mit Mut und Zivilcourage bewirkt werden kann.

Vielleicht fällt es heute schwer zu ermessen, was eheliche und menschliche Treue in den „Mischehen“ der Nazizeit bedeutete. Der „arische Teil“ war ständigem Druck ausgesetzt, sich vom jüdischen Partner zu trennen. Widerstand er, setzte er seine Existenz aufs Spiel und landete im Arbeitslager, im Zuchthaus oder im KZ, kapitulierte er, unterschrieb er damit das Todesurteil für die Mutter oder den Vater seiner Kinder. Die „Mischehen“, von den Nazis als „Blutschande“ verdammt und manchmal auch auf jüdischer Seite umstritten, stellten eine Bewährungsprobe für die Beteiligten dar, die sie nicht nur in der „Fabrikaktion“ aufrecht bestanden.

Immerhin 13 000 Juden überlebten den Holocaust in solchen Ehen, darunter Viktor Klemperer, dessen Tagebücher auch die Geschichte der „Mischehen“ dokumentieren. Trotz der mörderischen Pressionen wurden nur sieben Prozent der Ehen geschieden. In 93 Prozent wurden die Nichtjuden zu Lebensrettern und Helden, deren Namen niemals ein Denkmal tragen wird.

Ralf Bachmann

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 8-10/2001:**

Viel Lob erfährt der US-amerikanische Politologe Norman Finkelstein von JF-Chefredakteur Dieter Stein. Die Aufrichtigkeit Finkelsteins wirke „befreiend“, wie er dabei die - von jüdischen Organisationen „schamlos“ instrumentalisierten - Opfer des Holocaust „von materiellem Interessenschmutz“ reinige, um die Erinnerung - ohne Entschädigungen - „in gebührender Weise wachzuhalten“ meint Hans-Jörg von Jena (8/01). Des Außenministers Vergangenheit lässt die JF nicht los. Werner Olles versucht, einen dem SDS innewohnenden Antisemitismus aufzuzeigen - und vor diesem Hintergrund wird dann indirekt auch die Teilnahme Joschka Fischers an der PLO-Konferenz in Algier 1969 gesehen. Was von 1968 letztendlich geblieben sei, würde in der Regierung Schröder/Fischer sichtbar: „die Erfüllung des Typus der linken Demokratie, ohne Persönlichkeit, aufrechtes Mittelmaß“, so Olles (9/01). Die Demokratie „nicht weniger bedroht als in der Hochzeit der achtundsechziger Gewalttäter“ sieht deswegen Fritz Schenk. Mit „brutaler Demagogie“ würde heute die Political Correctness linke Gewalt nachträglich rechtfertigen und in Richtung rechts keine Spur von Absolution erteilen (9/01). Wer zum Thema Gewalt überhaupt schweigen sollte, darüber informiert das neue Werk von Heinrich Lummer „Wer selbst im Glashaus sitzt...“ - gemeint sind Bundeskanzler Schröder, die Minister Fischer, Schily und Trittin sowie der Grünen-Politiker Ströbele - und wofür die Deutschen Konservativen jetzt auch in der JF über mehrere Ausgaben großflächig werben. Möglicherweise der Ausgewogenheit halber durften sich auch die antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ mit einer Kleinanzeige in der JF platzieren (9/01). Die Republikaner sind für Dieter Stein „der einzige erfolgreiche Versuch, rechts neben der CDU eine demokratische Partei zu etablieren“ - er setzt auf die bevorstehenden Wahlen (10/01). Hans-Helmuth Knütter bedauert, dass die Union, die sich in die „antifaschistische Falle“ habe treiben lassen, es „ohne Gesichtsverlust“ nicht wagen könne, mit den REP zu koalieren. Dass die CDU den „Wechsel vom antitotalitären zum antifaschistischen Konsens mitvollzogen“ habe, unterstreicht Angelika Willig. Gesiegt habe „eine gesichts- und gesinnungslose Mitte, die sich nun zu Repräsentationszwecken eine zahme Hof-Antifa“ halte (10/01). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Nr. 3/2001:

Niemand eignet sich bekanntlich besser für die Auseinandersetzung mit dem Gegner als der aus seinen Reihen kommende Kritiker. Für die antisemitische deutsche extreme Rechte - und leider weit darüber hinaus - spielt Norman Finkelstein derzeit diesen Part. Für NE greift Mitherausgeber Neubauer höchstselbst in die Tasten und klagt scheinheilig, gleichsam als Streiter für die NS-Opfer, wenn „jüdische Verbände ... sich an deutschen Entschädigungszahlungen (bereichern)“, „die Opfer ein weiteres Mal ausgebeutet werden“, könne uns ihr Schicksal doch nicht egal sein. Auf die Problematik des Finkelstein-Buches wird nicht eingegangen, nicht weniger vordergründig argumentiert man, aus der Zuwanderung von Juden nach Deutschland sei auf Abwesenheit von Antisemitismus in Deutschland schließen. USA-Kritik wird in bekannter Manier vorgetragen von Karl Richter („Herren der Welt“). Aktuelles Thema ist sodann die Vergangenheit des Außenministers, von der Kronzeugin Bettina Röhl bezieht man das Argument, es gebe „kaum einen nichtgrünen Journalisten“, so dass uns allen verborgen bleibe, wie es „einer relativ kleinen Gruppe von Linksextremisten gelungen ist, sich einen ganzen Staat anzueignen“, unser Land „von Linksradikalen regiert“ wird („Das Fischer-System“). Konsequent ist naturgemäß, dass der Kanzler Minister brauche (Beispiel Künast), die keine Fachkompetenz besitzen. Dies ist Franz Schönhubers Einstieg für sein Dauerproblem, der extremen Rechten zur Mehrheit zu verhelfen. Als Lehrmeister dient ihm Altmeister Goebbels, dessen Manier er sich, nach pflichtschuldiger Distanzierung, in bester Weise bedient, um sich mit wohlgedrehten Worten über Politiker, vornehmlich -innen, herzumachen. Kritik erfahren „die vom Verfassungsbogen ausgeschlossenen wertkonservativen Presseorgane“ wie die „Junge Freiheit“, weil sie auf die „so genannten ‘Ewig-Gestrigen’, die ‘NPD-Dumpfbacken’ einschlagen“. Dem folgt Franzens Bekenntnis, ihm stünden „irrende, aber idealistisch gesonnene junge Leute, die ihre Gesinnung auch auf die Straße tragen, näher, als unentwegt um etablierte Anerkennung strampelnde freiheitlich-jugendliche Frühgreise“. Gewürdigt werden zwei 90-Jährige: Kurt Ziesel und Norbert Schultze („Lili Marleen“); bejammert wird Wilfried Scharnagels Abgang vom „Bayernkurier“. Günter Deckert dient sich nach Strafverbüßung mit „Germania Reisen“ für „Reisen mit Gleichgesinnten“ an. Der Cannstatter Kreis lädt zum Vortrag des CDU-Mitglieds Hans-Helmuth Knütter über „Immunsierung gegen linke Volksverhetzer“ ein. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Deißlingen** - Presserechtlich Verantwortlicher einer „Leserbriefzeitung für Gedankenfreiheit und gegen staatlich kontrollierte Meinungsäußerungen“ (LBZ) ist der im baden-württembergischen Deißlingen ansässige Otto Mager (Ex-Mitglied von NPD und REP). Dokumentiert werden in der LBZ (Postfachadresse in Villingen-Schwenningen) rechtsextreme Leserbriefe, deren Veröffentlichung in anderen Medien abgelehnt wurden. Abgedruckt sind in der aktuellen Ausgabe unter anderem Beiträge von Thomas Fischer („Michael Friedman profiliert sich schon seit längerer Zeit mit volksverhetzenden Äußerungen gegen die Deutschen als Staatsanwalt, Richter und Henker in einer Person“), Funktionär der Deutschland-Bewegung und des Witikobundes, und von Dietrich Hank, Autor in der „Deutschen Stimme“, der Mitgliederzeitung der NPD.

■ **Erding** - Manfred Platschka, Mitglied der FPÖ-Landesparteileitung in Niederösterreich, war vielumjubelter Referent auf der Aschermittwochsveranstaltung des bayrischen REP-Ortsverbandes Erding am 28. Februar in Taufkirchen. Mobilisiert wurde für die Veranstaltung auch über die Homepage des REP-Landesverbandes Bayern. Zurückgekehrt nach Österreich wünschte Burschenschaftler Platschka den Republikanern - via E-Mail-Eintrag ins Gästebuch der bayrischen REP - „Viel Erfolg bei der politischen Erneuerung Deutschlands!“

■ **Eningen** - Der Rat der baden-württembergischen Gemeinde Eningen unter Achalm hat am 8. März in einer nichtöffentlichen Sitzung beschlossen, das Kaufangebot für die NPD-Villa nicht weiter zu erhöhen. Die Gemeinde will die bereits zu Jahresbeginn gebotenen 2,1 Millionen Mark für die Immobilie bezahlen. Erwin Kemna, Bundeschatzmeister der rechtsextremistischen NPD, forderte Ende Januar 2,5 Millionen Mark. Die NPD hatte 1995 die Villa im schwäbischen Eningen (Kreis Reutlingen) von den Schwestern Frieda und Charlotte Krieg geerbt. Das Testament der beiden völkischen Schwestern sah vor, dass die Villa mindestens fünf Jahre von der NPD für politische Zwecke genutzt werden muss. Erst im vergangenen Jahr hat die NPD ihre Landesgeschäftsstelle von Stuttgart nach Eningen verlegt. Der laufende Verbotsantrag gegen die NPD hat möglicherweise

zu dem Sinneswandel und die grundsätzliche Verkaufsbereitschaft bei den Nationaldemokraten geführt.

■ **Essen** - Eine „nationale Zeitschrift aus Frauenhand - für Frauen und Männer!“ mit dem Titel „Triskele“ ist per Postfachadresse in Essen zu beziehen. Das Blatt, das ideologisch den „Freien Nationalisten“ nahesteht, will die braune Szene darüber aufklären, dass „die Frau nicht nur ein Anhängsel vom Mann ist. Auch sie kämpft wie er für unsere Heimat. Wenn es nicht nur der Kampf auf der Straße ist, so erfüllt sie ihre Pflicht daheim als Mutter.“ „Triskele“, so die Blattmacherinnen, „gehört zu den alten germanischen Symbolen“ und zeigt die Entwicklung des Lebens vom Werden, Sein und Vergehen.

■ **Esslingen** - Die baden-württembergische Band „Carpe Diem“ hat sich zum Quintett erweitert. Neu dabei ist der 21-jährige Bassist Rainer. Der bisherige Bassist und Sänger Ralf (20) wird sich in Zukunft ausschließlich dem Gesang widmen. Für die Internet-Aktivitäten der Band übergreifenden „Initiative durch Musik“ (I-IDM) ist der 25-jährige NPD-Sympathisant Kay Bunn, Gitarrist und Keyboarder von „Carpe Diem“, aus Esslingen verantwortlich. Der „Initiative IDM“ hat sich jüngst der extrem rechte Musiker Josef Maria Klumb (Jay Kay) mit der Band „Von Thronstahl“ angeschlossen.

■ **Göttingen** - Im Alter von 59 Jahren ist der langjährige nationalrevolutionäre Aktivist Wolfgang Günther verstorben. Bekannt wurde das Mitglied des Zentralrats der „Sache des Volkes - Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation“ unter dem Pseudonym Gerd Waldmann im Bereich der Ideologieentwicklung. Zuletzt schrieb er regelmäßig unter dem Pseudonym Günther Wolf in der „Opposition“. Am 1. November 1998 referierte Günther beim Kolloquium der neurechten Synergon in Lipoldsberg.

■ **Hamburg/Berlin** - Die Deutschen Konservativen e.V. haben auf ihrem Jahreskongress Anfang März im Harz den Jugendverband Konservative Jugend Deutschlands wiederbegründet. Dies berichtet die „Junge Freiheit“ (16. März) unter Berufung auf eine Mitteilung der in Hamburg ansässigen Deutschen Konservativen. Im „Berliner Brief“, der den Untertitel „Regelmäßiger Informationsdienst der Deutschen Konservativen e.V.“ trägt, informiert Ivan Denes, Stamm-Autor für die „Junge Freiheit“, über die Veranstaltung. Als Referenten

teilgenommen haben demnach neben anderen die Hamburger Rechtsanwältin Gisela Pahl, die Professoren Hans-Helmuth Knütter, Franz Seidler und Wilhelm Hankel sowie Heinrich Lummer. Ein Gastspiel gaben ferner die FPÖ-Funktionäre Andreas Mölzer und Andreas Skorlantz. Für die musikalische Unterhaltung sorgte der braune Liedermacher Frank Rennieke.

■ **Kronach** - In diversen Neonazi-Zeitschriften wird in jüngster Zeit immer wieder auf das Szenenblatt „Der Weiße Wolf“ (vormals ein „Rundbrief inhaftierter Kameraden der 'Justizvollzugsanstalt Brandenburg'“) hingewiesen. Macher des Zines, dessen Ausgaben auch im Internet nachlesbar sind, ist der vorbestrafte Neonazi Maik Fischer aus Kronach in Bayern. Fischer fordert die inhaftierten Kameraden dazu auf, „den politischen Kampf im Knast mit anderen Mitteln fortzusetzen“. Mit ihm sympathisierende inhaftierte Neonazis werden gerne mit „Julpaketen“ beglückt.

■ **Jena** - Für den 14. April ist in Jena unter dem Motto „Für eine Welt freier Völker - Solidarität mit Irak und Palästina“ eine auch von der NPD unterstützte Demonstration von so genannten „Freien Nationalisten“ geplant. Die Bundesregierung wird in dem Demonstrationsaufruf unter anderem aufgefordert, das „palästinensische Volk“ aktiv zu unterstützen und aus der NATO auszutreten.

■ **Magdeburg** - Anfang Mai findet in Magdeburg die Frühjahrstagung von Synergion, der deutschen Sektion des neurechten Netzwerkes Europäische Synergien statt. Als Thema ist „Nonkonform - Vergessene Geistesimpulse europäischer Tradition im 20. Jahrhundert“ vorgesehen. Dabei sollen Andreas Ferch (Bruchköbel), ein langjähriger Weggefährte Georg Werner Haverbecks, über „Deutschen Sozialismus“ und E. Wolff über den italienischen Philosophen Julius Evola referieren. Der Vortrag des Belgiers Robert Steuckers, Generalsekretär der Organisation, lautet „Zarathustrismus und Dandyismus“. Seit Anfang des Jahres ist die Zeitschrift „Hagal“ (Dresden) offizielles Organ der deutschen Sektion der europäischen Synergien.

■ **Mainz** - Der Präsident des rheinland-pfälzischen Landtags Christoph Grimm (SPD) hat die Republikaner aufgefordert, ihre irreführende Wahlkampfführung zu unterlassen. Die REP, die sich um den Einzug in den Landtag bewerben, hatten als Postwurfsendung eine Broschüre verwendet, deren Kopf die Silhouette des Schlosses und die Unter-

schrift „Landtag von Rheinland-Pfalz“ bildete und die den Hinweis „Achtung wichtige Wahlunterlagen“ trug. Grimm rügte auch die Verletzung des Namensrechts des Landtags.

■ **Pinneberg** - „Die Parteien sind eine unheilige Allianz mit gewissen Massenmedien eingegangen und viele Bürger merken deshalb nicht, wie sie für dumm verkauft werden“ - heißt es in der neuesten Pressemitteilung (15. März) des „Arbeitskreises Demokratiereform“. Aufgerufen wird zu einer „richtigen“ Wahlenthaltung: „Nur wer zur Wahl geht und seinen Stimmzettel ungültig (!) macht, erreicht damit echten Protest, weil dafür keine Wahlkampfkostenerstattung erfolgt. Gerade jetzt vor den anstehenden Landtagswahlen ist es wichtig, sich dieser Tatsache bewusst zu werden!“ Presse-rechtlich Verantwortlicher des „Arbeitskreises Demokratiereform“ ist Ferdinand Neitzert von der Deutschland-Bewegung. Mitarbeiter sind neben anderen die Professoren Eberhard Hamer (Leiter des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen) und Johannes Heinrichs, der Sozialökonomie an der Humboldt-Universität in Berlin lehrt.

■ **Ulm** - Die Berufungskammer des Ulmer Landgerichts bestätigte in einer Verhandlung am 15. Februar die Verurteilung des einschlägig vorbestraften Rechtsextremisten Torsten Moeske (33) wegen Volksverhetzung. Das Landgericht Ulm verhängte in der Berufungsverhandlung erneut eine 17-monatige Haftstrafe gegen den neonazistischen Musikhändler („Clockwork Records“). Im Mai vergangenen Jahres war Moeske am Landgericht bereits zu einem Jahr und fünf Monaten verurteilt worden. Seine kriminelle Karriere begann Moeske 1994, als er beim Einführen von propagandistischen CDs erwischt wurde. Im selben Jahr kandidierte er in Ulm auf Platz 6 der Liste der Republikaner zur baden-württembergischen Kommunalwahl.

Ausland

■ **Libanon (Beirut)** - Auch Horst Mahler soll in Beirut als Redner an der Konferenz der Holocaust-Leugner, die vom 31. März bis 3. April 2001 stattfindet, auftreten. Dies berichtete am 7. März der Konferenz-Mitveranstalter Institut for Historical Review (IHR) in einer Medienmitteilung. Das Thema der Konferenz lautet „Revisionismus und Zionismus“ (s. BNR 4/2001). Als Vortragende angekündigt werden weiter die bekannten französischen Holocaust-Leugner Robert Faurisson, Henri Roques und Roger Garaudy, letzterer ist auch be-

kennender Muslim und in islamistischen Kreisen ein begehrter Gesprächspartner. Ebenfalls auftreten sollen Fredrick Toben, wie auch der IHR-Direktor Mark Weber aus den Vereinigten Staaten. Hauptorganisator der Konferenz ist allerdings der Verein „Wahrheit und Recht“, der Zusammenschluss der Schweizer Holocaust-Leugner, dessen Präsident der 49-jährige Jürgen Graf ist. Über den Aufenthaltsort des flüchtigen Schweizer - in der Schweiz zu 15 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt - äußert sich die IHR-Pressemitteilung nur in einer Andeutung, dass Graf „in Teheran Gast von iranischen Gelehrten gewesen“ sei.

■ **Österreich (Sibratsgüll)** - Der notorische Holocaustleugner Walter Ochsenberger berichtet in seinem aktuellen Rundbrief vom 28. Februar, dass „auch in den deutschen Ländern - von Wien bis Bern und Berlin“ der „Widerstand“ gegen die „jüdischen Weltverbrecher wächst“. Ochsenberger behauptet: „Um das Widerstandsdenken der Deutschen einzuschüchtern, will die BRD jetzt sogar Militär gegen das eigene Volk - vorzugsweise gegen die deutsche Jugend - einsetzen. Doch die Gedanken der Selbsterhaltung können mit keiner Macht der Welt unterdrückt werden, sie sind im Genom - der Summe der genetischen Teile - programmiert.“ Ziel der „BRD-Regierung“ unter „Druck jüdischer Organisationen“, sei es, „den Abschaffungsakt des deutschen Volkes zu Ende zu bringen“, meint Ochsenberger.

■ **USA (Batavia, NY)** - Hendrik Möbus, in die USA abgetauchter Rechtsextremist aus Thüringen, erhält kein politisches Asyl in den Vereinigten Staaten. Dies entschied Anfang März ein Gericht des Bundesstaates New York nach sechsstündiger Anhörung. Möbus, der im Hauptquartier der National Alliance in West Virginia Unterschlupf gefunden hatte, vertritt das Argument, er werde allein wegen seiner Gesinnung in Deutschland verfolgt und nicht wegen der Verletzung seiner Bewährungsaufgaben. Nun will der Anwalt des so genannten „Satansmörders“ Berufung einlegen.

■ **USA (Orange County)** - Das Holocaustleugnende „Institute for Historical Review“ (IHR) hat unter konspirativen Umständen am 3. März eine Veranstaltung im südkalifornischen Orange County abgehalten. Rund 120 Personen waren auf der Tagung, die von den IHR-Führern Mark Weber und Greg Raven organisiert wurde, anwesend. Redner waren neben anderen David Irving (England) und der deutsche Holocaustleugner Germar Rudolf. Ei-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 06-2001 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

genangaben von Rudolf zufolge hat dieser seinen bisherigen Fluchttort in England verlassen und hält sich nunmehr in den USA auf, wo er um politisches Asyl nachsuchen will.

■ **USA (Lincoln/Nebraska)** - Gary Lauck, Propagandachef der NSDAP/AO (Lincoln, Nebraska), hat sich die Rechte an der Domain „verfassungsschutz.net“ auf sich eintragen lassen. Wer die Seite nun anklickt, landet automatisch bei der NSDAP/AO. Lauck war 1995 wegen der Verbreitung von NS-Propaganda und Aufstachelung zum Rassenhass vom Landgericht Hamburg zu vier Jahren Haft verurteilt und 1999 aus der Bundesrepublik ausgewiesen worden.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
 Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.